

Sächsische Dorfzeitung

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt“

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinden Oberlößnitz und Radebeul.

Anzeigen-Preise:

Die einpaltige Seite 18 Pfg., unter „Eingelohnt“ 40 Pfg. Anzeigenannahme erfolgt bis mittags 12 Uhr. — Annahmestellen sind: Unsere Geschäftsstelle, kleine Meißner Gasse Nr. 4, Invalidentempel, Postamt in Dresden, Moritzburg, 6. C. Dausch & Co. in Leipzig, Straßburg a. M.; 8. Kohl in Krefeld; Hugo Müller in Krefeld; Otto Dietrich in Krefeld; Hugo Weyß in Leubitz; Neufra, Emil Hahn in Radebeul; H. Grimm in Dresden-Wöllnitz; Friedrich Lohse in Kaffeehaus, Reink. Wollwe in Moritzburg; Otto Kunath in Kottau, Max Seurich in Coschütz.

Telephon: Dresden, Nr. 3916.

Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung“ erscheint jeden Wochentag nachmittags 6 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1.80 Mark vierteljährlich oder 60 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung“ ist zu beziehen durch die taillierten Postämter, die Cantbriefträger und durch unsere Boten. Bei jeder Lieferung ins Haus erhebt die Post noch die Zustellungsgebühr von 45 Pfg.

Telegraph.-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Nr. 118.

Dresden, Dienstag, den 23. Mai 1905.

67. Jahrgang.

Das Neueste.

Die Kaiserin erlitt gestern durch einen Fall auf der Treppe des Schlosses in Wiesbaden eine unbedeutende Verletzung am Kopfe, die einen Aufschub der Abreise des Kaiserpaars notwendig machte.

Der Dresdner Vertretertag der national-liberalen Partei wurde gestern geschlossen.

Fürst Nikolaus von Montenegro ist von Cetinje zum Besuche des Kaisers Wilhelm nach Berlin abgereist.

Der Zar hat die Bildung eines Staatsverteidigungsrats unter Vorsitz des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch befohlen.

Die spanische Regierung bewilligte anlässlich der Hungersnot in Andalusien zu Notstandsarbeiten 2 1/2 Millionen Pesetas.

Auf dem mandchurischen Kriegsschauplatz erwartet man in den nächsten Tagen heftige Zusammenstöße.

Die Vorgänge im Deutschen Flottenverein.

Wie wir meldeten, haben die Generale Menges und Reim ihre Ehrenämter im Deutschen Flottenverein niedergelegt. Die Herren haben ihren Entschluß in einem Rundschreiben begründet, das sie an die Hauptauschüsse des Vereins erlassen haben. In dem Rundschreiben wird gesagt, daß innerhalb des Präsidiums des Deutschen Flottenvereins vor einigen Wochen Meinungsverschiedenheiten entstanden wären über das Maß von Rücksicht, das auf die Reichsregierung und die politischen Parteien hinsichtlich der Agitation zu nehmen sei. Damals bereits hätten die beiden Generale ihren Austritt erklärt, die Erklärung schließlich aber wieder zurückgezogen. Nunmehr seien mit jenen Vorfällen in innerem Zusammenhange stehende Ereignisse eingetreten, welche ihre weitere Tätigkeit in der Präsidialgeschäftsstelle unmöglich machten; sie träten zurück, weil sie es dem Verein schuldig zu sein glaubten, sich mit ihrer eigenen Überzeugung nicht in Widerspruch zu setzen.

Generalmajor Menges war geschäftsführender Vorsitzender, Generalmajor Reim Beisitzer im Präsidium des Vereins. Die Leitung der Geschäfte hat einstweilen der Geheime Regierungsrat Prof. Busley übernommen.

Der jetzige Rücktritt der sehr verdienstvollen beiden Generalmajore, die ihre Kraft uneigennützig in den Dienst des Vereins gestellt hatten, steht in innerem Zusammenhange mit der Rede, welche der Zentrumsabgeordnete Groeber im März im Reichstage gehalten hat und in der er die Agitation des Flottenvereins eine „gemeingefährliche“ nannte. Dem Flottenverein standen damals im Reichstage nur wenige Verteidiger zu. Ihnen gehörte Admiral von Tirpitz nicht. Der Admiral gab vielmehr dem Verein dem Ansehen der Gegner preis, indem er sagte, daß der Verein in seiner Agitation entschieden zu weit gehe, und schließlich noch hinzufügte, daß auch der Kaiser und der König von Sachsen die zu weitgehende Agitation des Vereins nicht billigten.

Aus dem Rundschreiben der Herren Menges und Reim geht nun hervor, daß bereits unter dem Eindruck jener Debatten im Reichstage innerhalb des Präsidiums des Vereins Meinungsverschiedenheiten entstanden waren über das Maß von Rücksicht, welches auf die Reichsregierung und die politischen Parteien zu nehmen sei, d. h. im Präsidium des Vereins machte sich eine Strömung geltend, welche die Agitation des Vereins den Bedürfnissen der Regierung anpassen wollte, die auf die Partei angewiesen ist und mit ihren Stärkeverhältnissen rechnen muß. Damals schon haben die Herren Menges und Reim zurücktreten wollen, und nach unserem Empfinden waren sie durchaus im Recht und sind ihre damaligen und heutigen Gegner im Unrecht. Der Flottenverein ist seinerzeit als Agitationsverein gegründet worden; Agitation macht man aber nicht mit Rücksichtnahme auf Regierung und Parteien. Eine von der Regierung und den Parteien gestattete Agitation ist keine Agitation mehr, wenn der Flottenverein immer nur so weit gehen soll, als die jeweilige Regierungsvorlage oder als jeweilig die Parteien es für gut be-

finden, dann hat er keine Berechtigung mehr. Er mag sich dann ruhig auflösen. Agitieren heißt eben, ohne ängstliche Rücksichtnahme für die gewählte Sache energisch eintreten, nur dadurch werden Erfolge erzielt. Ueber das von der Regierung und den Behörden als notwendig erachtete Maß ist noch jeder Agitator hinausgegangen. Schwierigkeiten macht daher jede Agitation der Regierung, aber trotzdem soll sie nicht danach trachten, die Agitation totzuschlagen; sie soll die sich regenden Kräfte weise benutzen und die verschiedenartigen Kräfte des Volkslebens unter einen Hut bringen. Es ist daher ganz unangebracht, wenn in der „Voss. Zeitung“ geschrieben wird: „Dagegen mußte das lärmende Drängen nach einer schleunigen Vermehrung der Kriegsflotte über die Pläne der Regierung hinaus, und teilweise geraden Wegs gegen die Regierung, wachsendes Befremden und mannigfache Beunruhigung erzeugen. Man hatte die Empfindung, daß neben oder über dem verantwortlichen Reichsmarineamt noch ein unverantwortliches Flottenamt bestände, das seine Pläne ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse der praktischen Politik treibe. In der jüngsten Zeit war ein Unterschied zwischen den Artikeln des Generalmajors Reim und denen alldeutscher Feilschpore kaum zu entdecken.“

Daß derartige Gedanken, die an Gouvernemen-talismus alles überstehen, was je gesagt worden ist, in der „Voss. Ztg.“ laut werden, muß mehr als wundernehmen. Lärmendes Drängen nach Maßnahmen über die Pläne der Regierung hinaus beobachtet man bei allen Aktionen der Regierung; wenn dieses „lärmende Drängen“ nicht mehr gestattet sein soll, dann haben die Parteien nur noch das Recht, von Regierungsvorlagen abzuhandeln oder zu denselben „Ja und Amen“ zu sagen. Dann ist das Drängen in der Sozialpolitik, das Drängen in Sachen der Justiz, in allen anderen Dingen höchst verdammenwert; die „Voss. Ztg.“ wolle also schleunigst Zentrum, Sozialdemokraten und auch die freisinnige Volkspartei bekämpfen, die preussischen Konservativen in Sachen der Vergeltungsnovelle aber kräftig unterstützen, weil sie da nicht drängen, sondern bremsen. Oder will man das nicht, dann muß gleiches Recht für alle sein, dann hat der Flottenverein ebenso das Recht, zu agitieren, wie Zentrumsvereine und freisinnige Vereine. Nun wird gesagt: Ja, dem Flottenverein gehören Bundesfürsten an, die Beziehungen seien enge; da könne leicht der Gedanke entstehen, daß die Agitation des Vereins von der Reichsregierung gebilligt würde. Wir glauben, daß etwas Dümmeres schon lange nicht gesagt worden ist. Dafür, daß nicht der Gedanke entsteht, die Reichsregierung stehe hinter der Agitation des Vereins, kann sehr leicht Sorge getroffen werden. Die Regierung braucht nur Erklärungen loszulassen wie die letzte Tirpitzsche über den Flottenverein, und damit ist geschehen, was zu geschehen hatte. Wenn im übrigen aber der Kaiser und andere Bundesfürsten dem Verein angehören oder ihm Antworttelegramme senden auf Begrüßungstelegramme, so geht das keinem Menschen etwas an. Wir möchten einmal sehen, was das Zentrum sagen würde, wollte jemand also schließen: Der Kaiser hat mit dem Bischof Benzler geipfelt, also billigt er den Jameler Kirchhofsstandal; weil er ihn nicht billigen, dann muß er sich von Benzler fernhalten! Eine solche Forderung würde vom Zentrum lärmend als ungehörig bezeichnet werden. Ebenso ungehörig aber ist es, zu sagen, daß, wenn Bundesfürsten zum Flottenverein gute Beziehungen unterhalten, damit die Reichsregierung sich zum Verein bekenne.

Die Zentrumsangriffe auf den Flottenverein waren ebenso ungehörig wie unehrlich; es ist bedauerlich, daß die Vorgänge im Reichstage im Verein haben eine Strömung groß werden lassen, welche der frischen Agitation des Flottenvereins sehr bald wird das Rückgrat gebrochen haben.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Die Kaiserin hat sich gestern durch einen Fall auf der Treppe eine leichte Verletzung an der Stirn zugezogen, die zwar ganz unbedenklich ist, aber Anlaß zu einem Aufschub der Abreise der Kaiserlichen Majestäten von Wiesbaden gegeben hat, welche auf gestern abend festgesetzt war. Prinz August Wilhelm von Preußen, der vierte Sohn des Kaiserpaars, wird vom Sommer-

semester nächsten Jahres ab ebenfalls an der Universität Bonn den Studien obliegen. Der Prinz ist am 20. Januar 1887 geboren.

Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des Kaisers, soll die Absicht haben, der Hauptversammlung des deutschen Flottenvereins am 27. und 28. Mai in Stuttgart beizuwohnen.

Die französische Sondergesandtschaft, die beauftragt ist, die französische Regierung bei der Hochzeit des deutschen Kronprinzen zu vertreten, wird voraussichtlich am 2. Juni in Berlin eintreffen.

Ueber den Schluß des Reichstages wird der in diesen Tagen zusammenzuberkende Seniorenkonvent Erwägungen anstellen. Dem Präsidium nahestehende Mitglieder des Hauses nehmen an, daß der Präsident Graf Ballestrem eine Verabschiedung des Reichstages spätestens Ende dieser Woche im Auge hat.

Die Aussichten für das Zustandekommen einer Vorlage über die Reichsfinanzreform können gegenwärtig nicht ganz günstig beurteilt werden. Hinsichtlich der Reichserbschaftsteuer soll es bis jetzt nicht gelungen sein, eine grundsätzliche Zustimmung aller Bundesstaaten zu den Plänen des Herrn v. Stengel zu erreichen. Speziell das preussische und sächsische Finanzministerium sollen sich mit den Vorschlägen nicht einverstanden erklärt haben. Die Nachricht einer Berliner Korrespondenz, wonach die Tabakfabriksteuer nicht mit in den Steuerplan aufgenommen sei, entspricht insofern nicht den Tatsachen, als hierüber noch nicht entschieden worden ist. Ursprünglich war jedenfalls der Tabak unter die zu besteuern den Genussmittel in Aussicht genommen. Sollte die Reichsfinanzreform nach den Vorschlägen des Reichschatzsekretärs nicht zustande kommen, so ist anzunehmen, daß dieser sein Amt niederlegt. Für diesen Fall wird jetzt bereits mit ziemlicher Sicherheit Geheimrat Körner vom Auswärtigen Amt, der die Handelsvertragsverhandlungen leitete, als sein Nachfolger genannt.

Das Bergarbeiterschutzgesetz, wird, wie sich jetzt bereits mit nahezu vollkommener Sicherheit voraussehen läßt, nicht in einer Form zustande kommen, daß das Zentrum, das leider den Ausschlag gibt, zustimmen kann.

Wie in der württembergischen Kammer Minister von Soden mitteilte, haben sich die Regierungen auf folgende Einheitsätze für Eisenbahnfahrtpreise geeinigt: 1. Klasse 7 Pf., 2. Klasse 4 1/2 Pf., 3. Klasse 3 Pf., 4. Klasse 2 Pf. per Kilometer.

Die neu eingetroffenen Verlustlisten aus Südwestafrika verzeichnen dreizehn Tote und siebzehn Verwundete, darunter zwei Offiziere.

Aus Deutsch-Südwestafrika liegen briefliche Meldungen vor, die über die schweren Gefahren sowie den Heldenmut unserer Soldaten im Kampfe gegen die Herero ausführlich berichten. Sehr richtig sagt dazu das „Militärwochenbl.“: „Bewundernd richten sich die Blicke aller Völker der Welt, auch die unseres Volkes, auf die Leistungen jener beiden gewaltigen Gegner in Ostafrika; darüber werden die Taten unserer kleinen Truppe in Südwestafrika übersehen. Und doch wird hier ein Kampf ausgefochten, wie er schwerer und entbehrungsreicher, aber auch ruhmvoller wohl kaum in der Mandchurei gekämpft worden ist. Jener Sturm-anlauf, der in den erwähnten Meldungen ausführlich geschildert wird, mit den halbverdursteten, durch ein 54 stündiges Gefecht erschöpften Truppen ist eine Tat, die ihresgleichen in der Kriegsgeschichte sucht. Wahrlich, das deutsche Volk kann mit Stolz und Dankbarkeit auf seine Söhne blicken, die fern von der Heimat in einem selten harten Kampfe mit nie versagender Treue und Hingebung ihre Pflicht tun!“

Oesterreich-Ungarn. Nach den neuesten Meldungen erscheint es nicht unmöglich, daß die Bemühungen des Vertrauensmannes des Kaisers Franz Josef, Finanzministers Freiherr von Burian, die Ministerkrisis in Ungarn durch eine Verständigung mit den jetzigen Mehrheitsparteien des ungarischen Abgeordnetenhauses einer endlichen Lösung entgegenzuführen, von Erfolg gekrönt sein werden. Die koalierte Opposition hat die Vorschläge des Finanzministers entgegen der Erwartung akzeptiert und beschloffen, dem Monarchen ein Programm zu unterbreiten für die Kabinettsbildung.

Gestern mittag hat der Stapellauf des Linienschiffes Erzherzog Ferdinand Max in traditio-